

Antwort auf eine Kleine schriftliche Anfrage

- Az.: II/725-923 -

Wortlaut der Anfrage der Abgeordneten Mechthild Ross-Luttmann (CDU), eingegangen am 19.08.2014

Ist der Kernbereich der exekutiven Willensbildung der rot-grünen Landesregierung größer als der ihrer Vorgänger?

Gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung (NV) muss die Landesregierung auf Verlangen von mindestens einem Fünftel der Mitglieder eines Ausschusses des Landtages unverzüglich und vollständig Akten zum Gegenstand einer Ausschusssitzung vorlegen.

Gegenwärtig sind zwei Klagen vor dem Staatsgerichtshof wegen möglicher unzureichender Aktenvorlagen anhängig. Die Landesregierung beruft sich in diesen und weiteren Fällen auf ihr Zurückbehaltungsrecht zum Schutz des Kernbereichs der exekutiven Willensbildung.

Auch in der 15. und der 16. Wahlperiode gab es mehrere Aktenvorlagen gemäß Artikel 24 Abs. 2 NV. Der Vertreter der Landesregierung in der mündlichen Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof am 25.07.2014 trug vor, dass sich die gegenwärtige Landesregierung in ihrem Aktenvorlageverhalten nicht von der vorherigen Landesregierung unterscheidet und dort eine ständige Übung eingetreten sei.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Aktenvorlagebegehren nach Artikel 24 Abs. 2 NV sind der Landesregierung aus der 15., der 16. und der 17. Wahlperiode bekannt, und um welche Sachverhalte ging es hierbei (ständige Ausschüsse, Unterausschüsse und Untersuchungsausschüsse)?
2. Wann wurden die jeweiligen Aktenvorlagebegehren jeweils von den Abgeordneten welcher Fraktionen gestellt?
3. Wann wurden die angeforderten Akten von der jeweiligen Landesregierung dem Landtag vorgelegt?
4. Wie viele Aktenseiten waren jeweils zu den Sachverhalten vorhanden?
5. Wie viele Aktenseiten wurden jeweils von der Landesregierung zu den einzelnen Sachverhalten vorgelegt?
6. Mit welchen Begründungen wurden Aktenvorlagen jeweils verweigert, und wie ausführlich war jeweils die Begründung der Nichtvorlage?
7. Gab es Unterschiede bei der Aktenvorlage durch die Landesregierung zwischen Aktenvorlagen in ständigen Ausschüssen und in Untersuchungsausschüssen?
8. Wie wurden von den jeweiligen Landesregierungen der drei Wahlperioden mit E-Mail-Verkehr umgegangen?

(An die Staatskanzlei übersandt am 26.08.2014)

Antwort der Landesregierung

Niedersächsische Staatskanzlei
- 201-01401/30-7 -

Hannover, den 16.02.2015

Die Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1 bis 5:

In der 15. Wahlperiode (2003 bis 2008) gab es 20, in der 16. Wahlperiode (2008 bis 2013) 34 und in der 17. Wahlperiode (seit 2013) bislang 22 Aktenvorlagebegehren. Die angefragten Einzelinformationen ergeben sich aus der als **Anlage** beigelegten Tabelle.

Die aufwändigen Auswertungen und teilweise notwendigen Rekonstruktionen der Aktenvorlagen aus der 15. und 16. Wahlperiode sind in diversen Fällen trotz sorgfältiger Durchsicht umfangreicher alter Aktenbestände nicht zu 100 % valide.

Grund ist, dass die an den Landtag übersandten Aktenbestände seinerzeit teilweise nicht vollständig verzeichnet wurden, jedenfalls häufig nicht unter Dokumentation der jeweiligen Blattzahl jedes einzelnen vorgelegten Aktenbandes. Die seinerzeit vor Übersendung der Originalakten an den Landtag seitens der Exekutive gefertigten Aktenkopien wurden in aller Regel später ordnungsgemäß vernichtet, sobald der Landtag die Originalakten an die Landesregierung zurückgesandt hat. Die Originalakten wurden sodann an die aktensführenden Dienststellen zurückgegeben und dort gegebenenfalls fortgeführt. Teilweise sind diese Originalakten aufgrund des normalen Zeitablaufs mittlerweile entsprechend den allgemeinen Bestimmungen der Aktenordnung vernichtet worden. Zusätzliche Unschärfen ergeben sich bei den Zählungen daraus, dass die Mitzählung beschriebener Aktenrückseiten seitens der Behörden uneinheitlich war: Überwiegend wurden Rückseiten als zusätzliche Seiten gezählt, teilweise wurden sie als „Zwischenseiten“ (z. B. „Seite 2 R“ oder „Seite 2 Rückseite“) gezählt, sodass nicht immer rekonstruierbar ist, wie viele Rückseiten bei einer Angabe wie z. B. „Seiten 1 bis 30“ miterfasst sind.

Dies hat zur Folge, dass die in der Tabelle wiedergegebene Gesamtzahl der vom Sachverhalt betroffenen Aktenseiten sowie folglich auch die Anzahl der vorgelegten und der verweigerten Aktenseiten nicht dem tatsächlichen Umfang entsprechen. Bei den Angaben in der Tabelle handelt es sich damit lediglich um gesicherte Mindestwerte. Aktenvorlagebegehren, bei denen sicher feststeht, dass die tatsächlichen Seitenzahlen die angegebenen (Mindest-)Seitenzahlen überschreiten, sind in der Anlage entsprechend gekennzeichnet. Die tatsächliche Gesamtzahl der vorhandenen, der vorgelegten und der nicht vorgelegten Seiten ist daher für die 15. und 16. Wahlperiode höher als es sich durch Aufaddition aus der oben stehenden Tabelle ergibt; zusammenfassende Aussagen über „Vorlagequoten“ sind nicht möglich.

Zu 6:

Die konkreten Begründungen ergeben sich aus den Übersendungsschreiben, die dem Landtag sämtlich bereits vorliegen. Die Daten dieser Anschreiben sind zur Erleichterung der Zuordnung in der Anlage vermerkt.

Zusammenfassend kann hierzu Folgendes festgestellt werden:

Der Katalog der möglichen Verweigerungsgründe ist in Artikel 24 der Niedersächsischen Verfassung abschließend benannt: Die Landesregierung braucht einem Akteneinsichtsverlangen nicht zu entsprechen, soweit dadurch Funktionsfähigkeit und Eigenverantwortung der Landesregierung wesentlich beeinträchtigt würden oder zu befürchten ist, dass durch das Bekanntwerden von Tatsachen dem Wohl des Landes oder des Bundes Nachteile zugefügt oder schutzwürdige Interessen Dritter verletzt werden. Welcher dieser Vorlageverweigerungsgründe im Einzelfall in Betracht kommt und wie viele Aktenseiten hiervon erfasst sind, hängt vom Gegenstand des jeweiligen Akteneinsichtsbegehrens, und damit vorrangig von der Willensentscheidung des jeweils Anfragenden ab, gegebenenfalls auch vom Zeitpunkt des Aktenvorlagebegehrens. Die Vielfalt unter den 76 Akteneinsichtsbegehren der 15., 16. und 17. Wahlperiode führte zu einer entsprechenden Vielfalt an Begründungen.

Maßgebliche Leitentscheidung zur Auslegung des in der Frageüberschrift benannten „Kernbereichs der exekutiven Willensbildung“ bzw. der „wesentlichen Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit und Eigenverantwortung der Landesregierung“ im Sinne von Artikel 24 Abs. 3 der Niedersächsischen Verfassung war für die Landesregierungen der 15., 16. und bis zum 23.10.2014 der 17. Wahlperiode das Urteil des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 15.05.1996 (sogenanntes Jadekost-Urteil). Mit Urteil vom 24.10.2014 hat der Niedersächsische Staatsgerichtshof sich von dieser Entscheidung ausdrücklich selbst distanziert (vgl. Urteilsbegründung, Nds. MBl. S. 723, 728 6. Absatz) und den Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung neu abgegrenzt. Diese Neuabgrenzung ist seitdem für die Landesregierung Richtschnur ihres Handelns.

Die Begründungen von Vorlageverweigerungen in der 15. und 16. Wahlperiode waren teilweise - verglichen mit dem heutigen Standard - global und schlagwortartig. Die Tiefe und Seitenbezogenheit der Begründungen hat sich im Laufe der Zeit, insbesondere in der gegenwärtigen Legislaturperiode, tendenziell immer weiter erhöht. Seit dem Urteil des Staatsgerichtshofs vom 24.10.2014 wird die Begründungstiefe nach Maßgabe dieses Urteils weiter gesteigert.

Zu 7:

Parlamentarische Untersuchungsausschüsse erheben gemäß Artikel 27 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung die „erforderlichen Beweise“ und haben es daher selbst in der Hand, ob und wie sie Umstände im Zusammenhang mit dem Beweisgegenstand ermittelt.

Sofern in der Vergangenheit ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss ein Akteneinsichtsgesuch nach Artikel 27 Abs. 4 in Verbindung mit Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung gestellt hat, ohne ergänzend besondere Beweiserhebungsbefugnisse geltend zu machen, wurde er jeweils so behandelt wie ein ständiger Ausschuss, der ein Akteneinsichtsgesuch nach Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung stellt. Im Übrigen waren die konkreten jeweiligen Beweisbeschlüsse der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse maßgeblich.

Zu 8:

Im Jahr 1996 hat die damalige Landesregierung die Einführung der elektronischen Post in der Landesverwaltung beschlossen (Gem. RdErl. d. MI, d. StK u. d. übr. Min. vom 18.06.1996 - Nds. MBl. S. 1258). Mit diesem Runderlass werden elektronisch erhaltene Eingänge (E-Mails) der Briefpost gleichgestellt, indem Folgendes festgelegt wurde: „Für die Nutzung und Bearbeitung der elektronischen Post gelten Regelungen der Geschäftsordnungen, Dienstanweisungen und Aktenordnungen über den Umgang mit Schriftgut entsprechend.“ Diese Regelung findet sich heute für die Landesverwaltung in dem Gemeinsamen Runderlass der Ministerien vom 18.08.2006 (Nds. MBl. S. 1226) „Aktenordnung und Aktenplan für die niedersächsische Landesverwaltung (Nds. AktO)“ wieder: „Elektronisch empfangene, erstellte oder versandte vorgangsrelevante Dokumente sind bei papiergebundener Aktenführung auszudrucken und zusammen mit den Geschäftsgangs- und Bearbeitungsvermerken und dem Nachweis der Versendung des Dokuments (z. B. eMail-Kopf) zu den Akten zu nehmen.“ (Nr. 7.3 Nds. AktO). Die Justiz- und die Finanzverwaltung sind gemäß Nr. 1.2 Nds. AktO mit Rücksicht auf bestehende bundeseinheitliche Regelungen formal vom Geltungsbereich der niedersächsischen Aktenordnung ausgenommen. Für den Justizbereich gilt heute noch die Dienstanweisung für die Benutzung der elektronischen Post im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Justizministeriums vom 12.06.2001. Darin ist festgelegt, elektronische Eingänge entweder in der Posteingangsstelle oder am Arbeitsplatz der Bearbeiter auszudrucken und nach den allgemeinen Regelungen der „Anweisung für die Verwaltung des Schriftguts bei den Geschäftsstellen der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaften“ zu behandeln (Nds. Rpfl. 2014, 46, vgl. § 3).

Mangels entgegenstehender Anhaltspunkte geht die Landesregierung davon aus, dass sich die Angehörigen der Dienststellen des Landes seit der 15. Wahlperiode entsprechend der o. g. Vorschrift verhalten haben und es insoweit keine strukturellen Unterschiede zwischen den Aktenvorlagen der 15., 16. und 17. Wahlperiode gibt.

Beim Aktenvorlagebegehren des 22. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat die Landesregierung abweichend hiervon nicht nur die vorgangsrelevanten E-Mails, sondern - über die bestehenden Verpflichtungen hinaus - sämtliche in diesem Zusammenhang entstandenen E-Mails ausdrucken und zu Akten machen lassen. Dadurch stieg der Aktenumfang erheblich an.

Dr. Jörg Mielke

Chef der Staatskanzlei

	Zu Nr. 1:		Zu Nr. 2:		Zu Nr. 3:	Zu Nr. 4:	Zu Nr. 5:
lfd. Nr.	Sachverhalt Vorlagebegehren	Ausschüsse ¹	Datum Vorlagebegehren	Fraktionen	Datum Übersendung an Landtag	Gesamtzahl der vom Sachverhalt betroffenen Aktenseiten	Anzahl der vorgelegten Aktenseiten
15. Wahlperiode 4. März 2003 – 25. Februar 2008							
1	Aufklärung der Vorfälle (anonyme Denunziation von Beamten der Bezirksregierung) in der Schulabteilung der Bezirksregierung und Reaktion des Nieders. Kultusministeriums	KultA	07.11.2003		11.11.2003 (Datum des Kabinettsbeschlusses, da Schreiben an Landtag ordnungsgemäß vernichtet.)	90	90
2 ²	"Gutachtenvergabe durch das Land Niedersachsen": Einsicht in Gutachten • „Haushaltskonsolidierungspotentiale Mipla 2002 bis 2006“ • „Bestandsaufnahme Mittelinstanz, Perspektive, Alternativen“ • „Multimedia-Konzept: Grobkonzept für Multimedia-Pilotprojekte in Niedersachsen“ sowie • alle Akten, die im Rahmen der Antwort der LReg auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion dem Landtag übermittelt wurden (Drs. 14/38 12 und 14/3927)	AfHuF	04.02.2004	CDU	24.02.2004	15.227	14.906
3 ²	"Gutachtenvergabe durch das Land Niedersachsen": Einsicht in Gutachten und die damit in Zusammenhang stehenden Akten, die sich im Zeitraum 1994 bis 2004 auf alle Verträge mit der Unternehmensberatung Roland Berger & Partner GmbH, der Fa. McKinsey und der Fa. Diekwisch Consulting sowie der sog. Resonanzstudie der StK beziehen	AfHuF	13.02.2004	Bündnis90 /Die Grünen, SPD	16.03.2004 (1. Tranche) 23.03.2004 (2. Tranche)	43.515	32.959
4 ²	"Gutachtenvergabe durch das Land Niedersachsen": Einsicht in Gutachten, Beratungsverträge, Werkverträge und weitere damit in Zusammenhang stehende Akten während 15. Wahlperiode, die sich aus den Listen 2 und 3 der Antwort der LReg auf die Kleinen Anfragen des Abg. Wenzel vom 20.02.2004 ergeben	AfHuF	16.02.2004	SPD	23.03.2004	27.110	17.109
5 ²	"Gutachtenvergabe durch das Land Niedersachsen": Einsicht in • bestimmte Unterlagen der LReg zur Beantwortung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion vom 18.10.2002 • bestimmte Unterlagen der LReg zur Beantwortung der Kleinen Anfragen des Abg. Wenzel vom 27.01.2004 • Gutachten, Beratungsverträge, Werkverträge und weitere damit in Zusammenhang stehende Akten, die sich aus der Liste 1 der Antwort der LReg auf die Kleinen Anfragen des Abg. Wenzel vom 20.02.2004 ergeben	AfHuF	20.02.2004	SPD	01.04.2004 (1. Tranche) 20.04.2004 (2. Tranche)	38.584	35.778
6	Auftragsvergabe und das Kostenvolumen des Moderations- und Beratungsauftrages über die Privatisierung der nieders. Seehäfen an die Fa. ISL Baltic Consult	UAHuSch	16.03.2004	SPD	20.04.20104	290	290
7	Unzulässige Mittelvergabe in Höhe von 300.000 Euro an das Bildungswerk Sonnenbergkreis e.V. in St. Andreasberg	AfHuF	14.06.2004	CDU	07.07.2004	583	583
8	Akten des Amtsgerichts Aurich: Eröffnung des Insolvenzverfahren über das Vermögen des Rechtsanwalts ... aus Anlass einer Eingabe	AfRuV	01.09.2004	-	28.10.2004	647	647
9 ³	Vorlage der polizeilichen Videoaufnahmen, die während des Polizeieinsatzes anlässlich der NPD-Demonstration am 18.06.2005 in Braunschweig zu nachfolgenden Sachverhalten und Zeiträumen 1. Blockade Waisenhausdamm Videoaufzeichnung für den Zeitraum zwischen 13.20 Uhr und 14.10 Uhr 2. Blockade Lange Straße / Alte Waage Videoaufzeichnung für den Zeitraum zwischen 14.45 Uhr und 15.30 Uhr 3. Ingewahrsamnahme Am Hagenmarkt Videoaufzeichnung für den Zeitraum zwischen 16.00 Uhr und 16.45 Uhr gefertigt wurden	AfLuS	07.09.2005	-	15.11.2005	140 Minuten Videoaufzeichnungen	140 Minuten Videoaufzeichnungen
10	Anschubfinanzierung für ein „Institut für Parteienforschung“ an der Universität Osnabrück	AfWuK	05.12.2005	SPD	17.01.2006	170	170

11 ²	Gewährung eines Aufenthaltsrechts für M., A., S. und M. C., Moormerland aus Anlass einer Eingabe	PetA	17.03.2006	-	13.06.2006		
12	Zustand der Matratzen in der JVA Sehnde, Vorlage der Akten des Justizministerium und der JVA Sehnde aus Anlass einer Eingabe	UAJustV	10.05.2006	-	04.07.2006	1.929	1.929
13 ²	Gewährung eines Aufenthaltsrechts für Frau S. N. und ihre Familie aus Anlass einer Eingabe	PetA	29.06.2006	SPD	08.08.2006		
14	Bewerbungsverfahren auf die Stelle der Direktorin oder des Direktors des Arbeitsgerichts Hannover und auf die Stelle der Präsidentin oder des Präsidenten des Verwaltungsgerichts Hannover	AfRuV	06.09.2006	SPD	10.10.2006	820	820
15 ²	Vorlage 213 des Ausschusses für Haushalt und Finanzen: Baumaßnahme Nds. Internatsgymnasium Bad Bederkesa, Ausbau Ganztags schulbereich sowie aller Bibliotheksbaumaßnahmen, die durch das Programm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ mitfinanziert werden	AfHuF	11.07.2006	SPD	31.08.2006		
16	Vorlage der mit der Einlagerung von radioaktiven Abfällen in das ehemalige Salzbergwerk Asse II verbundenen Akten im Jahr 2006	AfUEuK	28.09.2006	Bündnis90/ Die Grünen	05./06.12.2006	7.478	7.478
17 ⁴	Vorlage der mit dem Verkauf der Nds. Landeskrankenhäuser verbundenen Akten	AfSFFGuM	27.09.2006	SPD	14.11.2006	587	587
18	19. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Transrapid) - Beweisbeschlüsse Nrn. 6, 14, 15, 17: Vorlage der Akten der StK, des MW, der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, des MI und des MU, welche sich seit dem 01.01.1998 mit dem Betrieb der Transrapidversuchsanlage beschäftigt haben und die im Zusammenhang mit Planung, Bau und Betrieb der Transrapidversuchsanlage Emsland (TVE) seit dem 01.01.1998 entstanden sind	19. PUA	15.12.2006	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	12.01.2007 (15.01.2007 Nachlieferung)	22.032	22.032
19	Bieterverfahren zum Verkauf der nieders. Landeskrankenhäuser, insbesondere zum Bieterverfahren bis zum Abschluss des Verfahrens durch Beschluss des Landtages vom 07.03.2007	AfSFFGuM AfWAuV AfRuV	14.03.2007 16.04.2007 16.04.2007	SPD SPD SPD	08.05.2007 (1. Tranche) 24.05.2007 (Freigabe für AfWAuV und AfRuV) 12.06.2007 (2. Tranche)	423.604	385.025
20	20. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (JadeWeserPort) - Beweisbeschlüsse Nrn. 3, 6, 7: Vorlage der Akten (Vergabeverfahren im Juni 2005 für das Baulos 1 des Projekts "JWP" u.a.) a) des MW, des MU, der StK, des MF b) der Vergabekammer beim MW c) der Beschwerdekammer des Vergabesenats OLG Celle	20. PUA	19.10.2007	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	06.11.2007 (BB3) 13.11.2007 20.11.2007	37.715	37.354

16. Wahlperiode
26. Februar 2008 – 19. Februar 2013

21	<p>Laugenzufluss, die Zusammensetzung der Lauge, radiative Inhaltsstoffe und mögliche Kontaminationspfade in Asse II: Vorlage a) Statusbericht b) Sonderbetriebspläne, die den laufenden Rahmenbetriebsplan betreffen</p>	AfUEuK (a+b)	20.06.2008 (a) 08.07.2008 (b)	-	16.07.2008 und 15.08.2008 (1. Tranche) 05.09.2008 (Statusbericht) 24.09.2008 (1. Tranche - Rest) 10.11.2008 (2. Tranche) 20.02.2009	81.614	81.614
22	<p>21. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Asse II) - Beweisbeschlüsse Nrn. 1, 4, 49: Vorlage der Akten Schachtanlage Asse II a) alle dem AfUEuK bereits vorgelegten Akten b) MW, MU, MS, StK, LBEG c) Disziplinarverfahren (BB 49)</p>	21. PUA	17.06.2009	SPD	<p>13.07.2009 (1. Tranche) 05.08.2009 (2. Tranche) 12.08.2009 (3. Tranche) 18.08.2009 (4. Tranche) 26.08.2009 (5. Tranche) 03.09.2009 (6. Tranche) 09.09.2009 (7. Tranche) 16.09.2009 (8. Tranche) 24.09.2009 (9. Tranche) 29.09.2009 (10. Tranche) 07.10.2009 (11. Tranche) 14.10.2009 (12. Tranche) 21.10.2009 (13. Tranche) 28.10.2009 (14. Tranche)</p> <p>04.11.2009 (15. Tranche) 12.11.2009 (16. Tranche) 18.11.2009 (17. Tranche) 27.11.2009 (18. Tranche) 02.12.2009 (19. Tranche) 09.12.2009 (20. Tranche) 16.12.2009 (21. Tranche) 13.01.2010 (22. Tranche) 19.01.2010 (23. Tranche) 29.01.2010 (24. Tranche) 02.02.2010 (25. Tranche) 09.02.2010 (26. Tranche) 16.02.2010 (27. Tranche) 24.02.2010 (28. Tranche) 03.03.2010 (29. Tranche)</p>	384.289	384.261

					09.03.2010 (30. Tranche) 17.03.2010 (31. Tranche) 25.03.2010 (32. Tranche) 15.04.2010 (33. Tranche) 22.10.2010 (BB 49) 22.12.2012 (34. Tranche)		
23	Entscheidung der LReg 1976/1977 für Gorleben als Standort des Nuklearen Entsorgungszentrums Vorlage folgender Unterlagen: • Kabinettsprotokolle der LReg aus den Jahren 1976 und 1977, • Akten, die in der Staatskanzlei zu den Bereichen Nukleares Entsorgungszentrum oder Gorleben vorliegen, • Akten der im Sommer 1976 eingesetzten Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAK), • Protokolle des Energiebeirates der niedersächsischen LReg, und • Akten des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung zu den Themenkomplexen Standortfindung Nukleares Entsorgungszentrum, Endlagerung und Gorleben aus den Jahren 1973 bis 1980	AfUEuK	21.11.2008	SPD, Bündnis90/ Die Grünen	27.02.2009 (1. Tranche) 24.03.2009 (keine Akten Weizäcker-Kommission) 08.05.2009 (2. Tranche) 22.09.2009 (Aufhebung Vertraulichkeit KabProtokolle) 01.10.2009 (3. Tranche) 21.05.2010 (4. Tranche) 05.08.2010 (5. Tranche) 03.05.2011 (6. Tranche)	35.649	35.649
24	Gewährung eines Aufenthaltsrechts für M. M. aus Anlass einer Eingabe	PetA	08.01.2009	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	03.03.2009	197	197
25	Gewährung eines Aufenthaltsrecht für die Familie B. aus Anlass einer Eingabe	PetA	30.04.2009	-	09.06.2009	247	247
26	Unterrichtung "über den dienstlichen Charakter der Reise des Finanzministers nach China im März 2009" Vorlage der vom Finanzminister gem. Nr. 2.8 VV zu § 10 MinG gefertigten Aktennotiz sowie aller Unterlagen, in denen der genaue Ablauf der Reise und die amtliche Tätigkeit besonders nachgewiesen und dokumentiert wird	AfHuF	11.05.2009	SPD	19.05.2009	65	65
27 ²	Unterrichtung "über die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen eine teilweise freigestellte Lehrkraft der Heinrich-Nordhoff-Gesamtschule in Wolfsburg" a) Vorlage der Vorgänge, b)+c) vollständige Akteneinsicht und die Aufhebung der Vertraulichkeit für alle Akten	KultA	13.05.2009 (a) 18.08.2009 (b) 31.08.2009 (c)	SPD, Bündnis90 /Die Grünen, Die Linke SPD (b) SPD, Bündnis90 /Die Grünen, Die	05.06.2009 (a) 25.09.2009 (b+c)	955	955
28	Unterrichtung über das Ameos-Klinikum Hildesheim sowie über besondere Vorkommnisse im Maßregelvollzug Vorlage der Vorgänge, die im Zusammenhang stehen a) mit der konkreten Ausübung der Fachaufsicht durch das MS in allen vormals öffentlich-rechtlichen Landeskrankenhäuser seit dem Übergang auf die neuen Betreiber, b) mit den bisherigen Aktivitäten der LReg zur Umsetzung der Vorgaben des Beschlusses des StGH vom 05.12.2009 im untergesetzlich zu regelnden Bereich	AfSFFGuM	09.06.2009	SPD	11.08.2014	7.352	5.499
29 ²	Wiedereinreise der armenischen Familie A. aus Anlass einer Eingabe	PetA	05.10.2009	SPD, Bündnis90/ Die Grünen, Die Linke	10.11.2009		
30	Abschiebung der kosovarischen Staatsangehörigen E. G. und ihre Kinder aus Anlass einer Eingabe	PetA	05.10.2009	SPD, Bündnis90 /Die Grünen, Die Linke	10.11.2009	230	230
31	Vorlage der Akten des Einbürgerungsverfahrens von Frau J. M.-H.	AfIU und AfVerfSch	10.03.2010	-	29.04.2010	990	987

32 ⁵	Vorlage folgender Unterlagen: <ul style="list-style-type: none"> • alle bisher erlassenen bergrechtlichen, respektive atomrechtlichen Genehmigungen am Standort Gorleben, • alle bislang erlassenen atomrechtlichen Genehmigungen von niedersächsischen Atomkraftwerken und • alle Meldungen von Atomkraftwerksbetreibern zum Nachweis der Entsorgungsvorsorge für niedersächsische Atomkraftwerke 	AfUEuK	25.03.2010	SPD, Bündnis90/ Die Grünen	08.07.2010 (1. Tranche) 30.09.2010 (2. Tranche) 27.10.2010 (3. Tranche) 08.04.2011 (4. Tranche)	9.469	9.469
33	Bau und zukünftiger Betrieb des JadeWeserPorts Vorlage der Akten, a) die seit 2007, b) die seit 5/2010 bis heute (12.03.2012) geführt wurden (Erweiterung)	AfWAuV UAHuSch	20.05.2010 (a) 24.08.2010 12.03.2012 (b)	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	06.07.2014 (1. Tranche) 28.07.2010 (2. Tranche) 09.12.2010 (3. Tranche) 10.07.2012 (4. Tranche) 17.07.2012 Ergänzung) 05.09.2012 (5. Tranche) 28.11.2012 (6. Tranche)	55.950	50.962
34	Ablauf des ausländerrechtlichen Verfahrens, insbesondere hinsichtlich der beabsichtigten Abschiebung und Identitätsfeststellung bzgl. S.-T. K. sowie die Umstände des Todes des Herrn K. und die Praxis der Beschaffung von Passersatzpapieren Vorlage der Ausländerakte, Ärztliche Berichte, Gefangenenpersonalakte	AfIU UAJustV	11.08.2010	-	12.10.2010	346	346
35	Dioxinfunden 2010/2011 in Futter- und Lebensmitteln Vorlage der damit in Verbindung stehenden Akten und Protokolle	AfELVuL	08.02.2011	SPD, Bündnis90/ Die Grünen	06.04.2011 (1. Tranche) 15.03.2012. (2. Tranche)	25.193	20.099
36	Beschluss des Landestages vom 25.05.2011 über die "geschlossene intensiv-therapeutische Wohngruppe (GITW) der Caritas St. Elisabeth, Lohne Vorlage der Akten zum Inhalt, zur Entscheidungsfindung und zum Ablauf, zu den pädagogischen, betriebswirtschaftlichen, finanziellen, rechtlichen, personellen Grundlagen und Vorgaben des Landes sowie zu den weiteren Vereinbarungen und Absprachen des Landes mit der Caritas St. Elisabeth	AfSFFGuM	16.06.2011	SPD	02.08.2011	9.438	6.921
37	Gewährung eines dauerhaften Bleiberechts für Herrn E. G. aus Anlass einer Eingabe	PetA	28.09.2011	-	15.12.2011	464	420
38	Vorbereitung der Aufenthaltsbeendigung des Herrn S. L. aus Anlass einer Eingabe	PetA	28.09.2011	SPD, Bündnis90/ Die Grünen	15.12.2011	227	227
39	Unterrichtung über die Abschiebung der vietnamesischen Familie N. sowie der algerischen Familie S./H. Vorlage der hierzu entstandenen Vorgänge	AfIU	16.11.2011	-	31.01.2012	426	426
40 ²	Vorlage der Akten: Verträge mit außerschulischen Fachkräften im Ganztagsangebot niedersächsischer Schulen	KultA	22.11.2011	SPD, Bündnis90 /Die Grünen, Die Linke	25.01.2012 (1. Tranche) 19.04.2012 (2. Tranche)	8.999	8.927
41	Unterrichtung über die Hintergründe der Verhaftung am 13.11.2011 in Lauenau und ggf. bestehende rechtsterroristische Bezüge zu Niedersachsen Vorlage der zu dem Observationsbericht aus dem Jahr 1999 entstandenen Vorgänge	AfVerfSch	14.12.2011	Bündnis90 /Die Grünen	06.03.2012	366	366
42	Wirtschaftsförderung und Wirtschaftskontakte des Landes Niedersachsen Vorlage der Akten a) hinsichtlich Wirtschaftsförderung und Reisen von Wirtschaftsdelegationen seit 2003 b) seit 1998 (Erweiterung)	AfWAuV	20.01.2012 (a) 03.02.2012 (b)	SPD, Bündnis90/ Die Grünen (a) CDU, FDP (b)	08.02.2012 15.03.2012 23.03.2012 10.04.2012 09.05.2012 20.06.2012 27.08.2012 04.10.2012 12.11.2012 27.11.2012	512.288	507.887
43	Vorlage der Akten Heimaufsicht beim Landesamt für Soziales bezüglich der Ausübung der Aufsicht über das Jugendheim Phönix in Blender	AfSFFGuM	02.02.2012	Bündnis90 /Die Grünen	28.03.2012	2.387	2.387
44	Einsicht in die Akten zur Landtagseingabe der Frau N. I., in der es um Vorwürfe gegen die Gemeinschaftsunterkunft in Meinersen und die Situation der Flüchtlinge im Landkreis Gifhorn geht	PetA	08.02.2012	SPD, Bündnis90 /Die Grünen, Die Linke	03.04.2012	53	53

45	Nord-Süd-Dialog Vorlage sämtlicher bei der LReg hierzu vorhandenen Akten	AfRuV AfHuF	25.01.2012 04.07.2012	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	01.02.2012 (1. Tranche) 15.02.2012 (2. Tranche) 26.06.2012 und 27.06.212 (3. Tranche)	999	890
46	Vorwürfe gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Wulff und andere Mitarbeiter der StK Vorlage der 1. Akten der StK bezüglich Entscheidungen im Bundesrat, Stellungnahmen zu EU-Vorgängen und anderen Gremien, die dem Einfluss des amtierenden oder ehemaligen Ministerpräsidenten mittelbar oder unmittelbar unterliegen, zur Freistellung von Lebensversicherungen von der Besteuerung, zur Regulierung von Struktur- und Finanzvertrieben bei Auflagen zum Verkauf und der Vermittlung von Immobilienfinanzierungen, Medien- und Filmfonds, Dreiländerfonds, Versicherungen und sonstigen Finanzprodukten, sowie bei Entscheidungen zu Standortfragen der Talanx AG. Jahre: 2003 bis 2010. 2. Reiseabbruchungen des früheren Ministerpräsidenten Christian Wulff zum Besuch des Filmballs in München, Besuch des Oktoberfestes, Gesprächen am Rande dieser Termine und anderen Reisen, die vom Unternehmer David Groenewold bestellt, gebucht, bezahlt oder verauslagt wurden. Jahre: diverse	AfRuV	15.02.2012	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	22.03.2012 (1. Tranche) 08.05.2012 (2. Tranche) 11.06.2012 und 26.07.2012 (3. Tranche)	30.172	26.360
47	Einsicht in die Akten zur Landtagseingabe des Herrn Dr. M., die das Ziel hat, bei Frau V. K. von der gesetzlichen Verpflichtung zur Vorlage eines gültigen Passes abzusehen und ihr eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen	PetA	18.04.2012	SPD, Bündnis90/ Die Grünen, Die Linke	14.08.2012	125	125
48	Einsicht in die Akten zur Landtagseingabe der Frau D. H., die das Ziel hat, Frau A. H. einen weiteren Aufenthalt im Bundesgebiet zu ermöglichen	PetA	06.06.2012	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	13.09.2012	161	161
49	Betrieb der Firma Eckert & Ziegler in Braunschweig Einsicht in die Akten 1. zum vollständigen Inventar der in Produktionsstätten von Eckert & Ziegler in Braunschweig vorgehaltenen und genutzten radioaktiven Stoffen und Isotopen inklusive der dort seit 1998 gelagerten und heute noch lagernden Kernbrennstoffen bzw. Stoffen, für die eine Umgangsgenehmigung nach Atomgesetz erforderlich ist; 2. und Schriftverkehre, die im Zusammenhang stehen mit Entscheidungen über die Vertraulichkeit von Informationen zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen über das radioaktive Inventar, das an den Standorten Braunschweig und/oder Leese gelagert oder eingesetzt wird oder dort gelagert oder eingesetzt werden sollte; 3. die im Zusammenhang mit der Ausweitung des Betriebszweigs Konditionierung, Verpackung und Entsorgung radioaktiver Reststoffe an den Standorten Braunschweig und Leese stehen und Möglichkeiten zulassen, nicht nur dort lagernde Abfälle, sondern auch solche, die beim Rückbau von Atomanlagen jetzt oder künftig anfallen, zu behandeln und endlagergerecht zu konditionieren oder zu verpacken	AfUEuK	10.07.2012	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	24.10.2012 (1. Tranche) 20.11.2012 (2. Tranche) 16.01.2013 (3. Tranche) 13.02.2013 (4. Tranche)	33.410	32.626
50	Einsicht in die Akten zur Landtagseingabe der Frau K. B. und des Herrn K. W., mit der diese darum gebeten hatten, von der Abschiebung der kosovarischen Staatsangehörigen L. A. abzusehen	PetA	05.09.2012	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	26.09.2012	169	169
51	Einsicht in die Akten zur Landtagseingabe des Herrn G. S., mit der er sich für eine Wiedereinreise der kosovarischen Staatsangehörigen H. H. und ihrer beiden Kinder S. und N. einsetzt	PetA	05.09.2012	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	10.10.2012	34	34
52	Unterrichtung über die Erkenntnisse des Niedersächsischen Verfassungsschutzes über Herrn W., Vorlage der über Herrn Wienken gespeicherten personenbezogenen Daten	AfVerfSch	06.09.2012	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	03.11.2012	1.157	856
53	Vorlage diverser Unterlagen im Zusammenhang mit der Sanierung und dem sechsstreifigen Ausbau der Autobahn 7 zwischen AD Salzgitter und dem Drammetal	AfWAuV	09.11.2012	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	Vorlagebegehren ist der Diskontinuität unterfallen.		
54	Unterrichtung über Erkenntnisse des Niedersächsischen Verfassungsschutzes über Mitglieder der Partei Bündnis90/Die Grünen Vorlage der vom Niedersächsischen Verfassungsschutz über Herrn S. M. gespeicherten personenbezogenen Daten	AfVerfSch	09.12.2012	Bündnis90 /Die Grünen	Vorlagebegehren ist der Diskontinuität unterfallen. In der 17. Wahlperiode erneut gestellt (vgl. lfd. Nr. 55).		

17. Wahlperiode
19. Februar 2013 -

55	Unterrichtung über Erkenntnisse des Niedersächsischen Verfassungsschutzes über Mitglieder der Partei Bündnis90/Die Grünen Vorlage der vom Niedersächsischen Verfassungsschutz über Herrn S. M. gespeicherten personenbezogenen Daten	AfVerfSch	19.08.2013 (Wiederholung aus der 16. Wahlperiode vgl. lfd. Nr. 54)	Bündnis90 /Die Grünen	09.10.2013 25.02.2014	483	483
56	Abschiebung der kosovarischen Familie O.; Vorlage der Akten a) des MI b) des Landkreises Lüchow-Dannenberg c) der vom MI an das VG Lüneburg übersandten Akten (Fotokopien)	AfluS	02.05.2013 (a) 08.08.2013 (b) 11.10.2013 (c)	CDU	29.10.2013 26.11.2013	3.506	3.506
57	Wirtschaftsförderung des Landes Niedersachsen a) Vorlage der im Zusammenhang mit dem Firmenkomplex Cemag entstandenen Vorgänge - zu Wirtschaftsfördermaßnahmen - zum Insolvenzverfahren und den strafrechtlichen Ermittlungen b) Erweiterung auf den Zeitraum vor 2003	AfWAuV	19.06.2013 (a) 24.05.2013 (b)	SPD, Bündnis90 /Die Grünen (a) CDU, FDP (b)	09.07.2013	18.955	18.870
58	Unterrichtung über den aktuellen Sachstand zu den Vorgängen im Zusammenhang mit dem Libeskind-Bau der Leuphana Universität Lüneburg und zum Prüfbericht des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) Vorlage des Prüfberichts des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF)	AfWuK AfHuF	10.06.2013 19.08.2013	- CDU	15.07.2013 20.08.2013 (E-Mail)	538	534
59	Dienstfahrzeuge, Einbau einer Klimaanlage im Büro, Besoldung von StS Paschedag; Vorlage 1. folgender Unterlagen: • Kabinettsbeschlüsse, Kabinettsvorlagen, sämtliche Unterlagen im Zusammenhang der in Rede stehenden Personalie, der Ministerien und nachgeordneten Behörden und Dienststellen; • Schriftverkehr in brieflicher und elektronischer Form zwischen und innerhalb der Ministerien der LReg und mit nordrhein-westfälischen Ministerien und Dienststellen; • das Einverständnis des Staatssekretärs Paschedag zu seiner Versetzung; • Entwürfe und Vermerke zu Pressemitteilungen der LReg; • Unterlagen zur Beschaffung und Nutzung der von Staatssekretär Paschedag dienstlich genutzten Fahrzeuge; • Unterlagen zur Auswahl, technischen Merkmalen, Beschaffung und Einbau der verbauten Klimaanlage; • Vermerke der LReg und nachgeordneten Behörden und Dienststellen zum Einbau der Klimaanlage; • Verabredungen zur Kostenübernahme der bei Einbau und Betrieb der Klimaanlage entstandenen und entstehenden Kosten. 2. der Terminkalender von Herrn Ministerpräsident Weil, der Minister Meyer und Wenzel sowie der Staatssekretäre Dr. Mielke und Paschedag, 3. der Einzelverbindungsanzeige für die Mobil- und Festnetzapparate von Herrn Ministerpräsident Weil, der Minister Meyer und Wenzel sowie der Staatssekretäre Dr. Mielke und Paschedag, 4. sämtlicher auf dem dienstlichen PC von StS Paschedag befindlicher Dokumente	AfHuF	28.08.2013 (1.) 30.08.2013 (2.) 03.09.2013 (3.) 10.09.2013 (4.)	CDU, FDP	25.09.2013	s. Nr. 60	s. Nr. 60
60	22. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Paschedag) - Beweisbeschlüsse 1, 2: Vorlage aller Akten, die die LReg dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen aufgrund der Verlangen aus den Schreiben von Ausschussmitgliedern vom 28. August, 30. August, 3. September und 10. September 2013 vorgelegt hat oder noch vorlegen wird	22. PUA	27.09.2013	SPD, FDP	23.10.2013 05.11.2013 05.11.2013 06.11.2013 14.11.2013 26.11.2013 18.12.2013 15.01.2014 18.11.2014 09.12.2014	10.763	10.718
61	Bau und Betrieb der JVA Bremervörde Vorlage der geschlossenen Verträge	UAJustV	21.08.2013	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	11.11.2013	3.122	3.122
62	Unterrichtung über die vermeintlich unberechtigte Datenspeicherungen und -löschungen beim Niedersächsischen Verfassungsschutz Vorlage der beim Niedersächsischen Verfassungsschutz geführten Akten	AfluS AfVerfSch	01.10.2013 14.01.2013 09.10.2013 12.12.2013	CDU	20.11.2013 25.02.2014	1.817	1.596

63	"Fall Edathy" Vorlage a) der im Zusammenhang mit dem Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy in allen Ministerien und der StK entstandenen Unterlagen b) der im MI und seinem nachgeordneten Bereich vorhandenen Unterlagen, c) Erweiterung auf zukünftige Akten, E-Mail-Verkehr, alle etwaigen Vermerke, Bescheide und Gesprächsnotizen, die bislang nicht Gegenstand von Akten geworden sind	AfRuV (a,c) AfluS (b)	20.02.2014 (a) 06.05.2013 (b) 07.05.2014 (c)	CDU	26.03.2014 (1. Tranche) 23.05.2014 (1. Tranche AfluS (b)) 22.07.2014 (2. Tranche) 07.10.2014 (3. Tranche) 22.12.2014 (4. Tranche)	20.657	20.208
64	Vorwürfe gegen einen fleischverarbeitenden Betrieb im Landkreis Bad Bentheim Vorlage aller bei der LReg und der ihr nachgeordneten Behörden vorhandenen Akten und Unterlagen	UAVerbrSch	26.02.2014	CDU	22.04.2014 (1. Tranche) 08.05.2014 (2. Tranche) 29.08.2014 (3. Tranche)	15.078	9.254
65	Vorlage der Akten : Kooperation des Niedersächsischen Verfassungsschutzes mit der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der CDU/FDP -LReg	AfVerfSch	27.03.2014	SPD, Bündnis90 /Die Grünen	01.07.2014	177	177
66	Kooperationen, sonstige Kontakte und Veranstaltungen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Friedrich-Naumann-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung, Der Stiftung Leben&Umwelt, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung, der Heimvolkshochschule Springe, der IG-Metall, der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) seit 1990	AfVerfSch	09.04.2014	CDU			
67	Korruptionsskandal im Landesjustizprüfungsamt Vorlage sämtlicher bei der LReg und den dem MJ nachgeordneten Behörden vorliegenden Unterlagen zu den Fällen möglicher manipulierter juristischer Staatsexamen seit dem Jahre 2011	AfRuV	07.05.2014	CDU, FDP	03.07.2014 (1. Tranche) 22.07.2014 (2. Tranche) 09.02.2015 (3. Tranche)	14.820	7.651
68	Ernennung des Landesbeauftragten Matthias Wunderling-Weilbier Vorlage a) der Vorgänge, die mit der Ernennung in Verbindung stehen b) und des Fahrtenbuches	AfHuF	07.05.2014 (a) 20.06.2014 (b)	CDU, FDP	23.07.2014	615	437
69	Jüngste Kostensteigerungen beim Bau des Zentralgebäudes der Leuphana Universität Lüneburg Vorlage der Akten, die im MWK seit Mai 2013 bis zum heutigen Tage (14.05.2014) zum Informationsaustausch zwischen dem MWK und der Leuphana Universität vorliegen	AfWuK	14.05.2014	CDU	13.08.2014 (1. Tranche) 25.09.2014 (2. Tranche) 15.01.2015 (3. Tranche)	11.982	9.771
70	Unterrichtung über das Ergebnis der vom MI beauftragten „Task Force“ zur Überprüfung der Datenspeicherung im Verfassungsschutz Vorlage der Vorgänge	AfVerfSch	13.05.2014	CDU	19.11.2014 (1. Tranche)	15.514	15.514
71 ⁶	Vorlage der Akten im Zusammenhang mit der Unterrichtung über die Beilegung der seit mehreren Jahren andauernden Rechtsstreitigkeiten zwischen der JadeWeserPort-Realisierungsgesellschaft und der Betreibergesellschaft Eurogate im Wege des Mediationsverfahrens	UAHuSch	04.04.2014	CDU	15.12.2014	234	234
72	Fall des Sicherungsverwahrten Reinhard R. aus der JVA Lingen Vorlage sämtlicher bei der LReg und den dem MJ nachgeordneten Behörden vorliegenden Unterlagen und Akten	AfRuV UAJustV	11.06.2014 17.09.2014	CDU CDU	29.08.2014 (1. Tranche) 23.10.2014 (UAJsustV) 28.01.2015 (2. Tranche)	10.535	10.056
73 ⁷	Fund des dioxinähnlichen PCB in Eiern eines Legehennenbetriebes im Landkreis Cloppenburg	AfELVuL	30.09.2014	CDU			
74 ⁷	Delegationsreisen der LReg in die Türkei und in die Volksrepublik China sowie die Vorbereitung von Antworten zu Anfragen mit Bezug auf Delegationsreisen	AfWAuV	19.11.2014	CDU, FDP			
75 ⁷	Einsicht in alle bei der LReg, den ihr nachgeordneten Behörden sowie beim Landkreis Osterholz vorhandenen Akten und Unterlagen zu dem Chemiebetrieb in Ritterhude und zu dem Unglück vom 09.09.2014	AfUEuK	03.02.2015	CDU			
76 ⁷	Einsicht in alle mit der Veröffentlichung der unterschrittenen Dauergrünlandumbruchquote von 5 % im Niedersächsischen Ministerialblatt im Zusammenhang stehenden bei der LReg und der ihr nachgeordneten Behörden vorhandenen Akten und Unterlagen	AfELVuL	03.02.2015	CDU			

Erläuterungen (Fußnoten)

1

AfRuV	Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
UAJustV	Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“
AflUS	Ausschuss für Inneres und Sport
AfHuF	Ausschuss für Haushalt und Finanzen
UAPrüfHR	Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“
KultA	Kulturausschuss
AfWuK	Ausschuss für Wissenschaft und Kultur
AfWAuV	Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
UAHuSch	Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“
AfELVuL	Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
UAVerbrSch	Unterausschuss „Verbraucherschutz“
AfSFFGuM	Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration
AfUEuK	Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz
AfBuEMuR	Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
PetA	Petitionsausschuss
WahlprA	Wahlprüfungsausschuss
AfVerfSch	Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
19. PUA	19. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Transrapid)
20. PUA	20. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (JadeWeserPort)
21. PUA	21. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Asse II)
22. PUA	21. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (Paschedag)

2

Anzahl der Aktenseiten (Gesamtumfang, vorgelegte Aktenseiten) ist nicht mehr vollständig rekonstruierbar. Gründe: Seinerzeit teilweise nicht vollständig verzeichnet bzw. paginiert, Zeitablauf, ordnungsgemäße Vernichtung, Fortführung des Aktenbestandes, unterschiedliche Zählweise der Aktenrückseiten.

3

Die Videoaufzeichnungen sind hier mit aufgeführt, da sie „gemäß Artikel 24 Abs. 2 NV“ angefordert und vorgelegt wurden. Ob Landtag und Landesregierung sie im verfassungswörtlichen Sinne als „Akten“ (z.B. im Sinne der Definition des Staatsgerichtshofs in der Entscheidung vom 24.10.2014) aufgefasst haben, ist unklar.

4

Zzgl. 18 Transaktionsbewerbungen als Anlage.

5

Es gibt eine Verabredung mit dem Ausschuss vom 19.04.2010, dass nur bestimmte Akten vorgelegt werden sollen, der Rest nur bei Bedarf.

6

Wegen der besonderen Sensibilität der Dokumente Einsichtnahme in den Räumen des MW, beschränkt auf des Vorsitzenden und den stellv. Vorsitzenden des Ausschuss sowie jeweils einem Vertreter der im Ausschuss vertretenden Fraktionen sowie jeweils einen Fraktionsmitarbeiter. Einvernehmliche Absprache mit dem Ausschuss.

7

Neue Aktenvorlagebegehren, die derzeit von der Landesregierung abgearbeitet werden.